

öffentlich

Gemeinde Henstedt-Ulzburg Der Bürgermeister

FB 1 Verwaltungssteuerung und -service
30.08.2016 / 1

Beratungsvorlage VO/2015/286-03 **öffentlich**

Künftige Organisation des Kindertagesstättenbereiches **hier: weitere Vorgehensweise**

Beratungsfolge:

13.09.2016	Kinder- und Jugendausschuss	Entscheidung
13.09.2016	Hauptausschuss	Entscheidung

Sachverhalt:

Der Kinder- und Jugendausschuss hat in seinen Sitzungen am 22.02.16 und 21.03.16 einstimmig beschlossen, zur Auswahl einer zukünftigen Organisationsform für den Kindertagesstättenbereich die KPMG Rechtsanwaltsgesellschaft mbH (KPMG) hinzuzuziehen und sie mit der Beantwortung von Fragen zu verschiedenen Themenkomplexen (s. VO/2015/286-01) zu beauftragen.

Zu den einzelnen Fragen der Politik und der Verwaltung hat die KPMG in einem schriftlichen Bericht ausführlich Stellung genommen. Auf den übersandten Bericht wird verwiesen. In einer Informationsveranstaltung am 21.07.16 haben einige Mitarbeiter der KPMG den Bericht vorgestellt und Fragen der Anwesenden beantwortet. Eingeladen zu dieser Veranstaltung waren die Mitglieder des Hauptausschusses sowie des Kinder- und Jugendausschusses, ferner eine Reihe von Mitarbeiter/innen der Verwaltung sowie die Leiterinnen und stellv. Leiterinnen der Kindertagesstätten. Zusätzlich sind alle weiteren Gemeindevertreter/innen über die Veranstaltung informiert worden.

Nach den Beschlussfassungen des Kinder- und Jugendausschusses vom 07.12.15 und 22.02.16 wäre vor einer Entscheidung über eine Organisationsform und damit jetzt als nächster Schritt ein moderierter Workshop der Politik und der Verwaltung zur Festlegung von Zielen/Kriterien zur Auswahl einer Betriebsform durchzuführen.

In den bisherigen Beratungen hatte sich die Verwaltung bislang immer für die Durchführung dieses Workshops stark gemacht. Verbunden mit diesem Workshop war dabei aber die Zielsetzung unabhängig und losgelöst von möglichen Betriebs- und Organisationsformen gemeinsame Ziele und Kriterien für die zukünftige Organisation des Kindertagesstättenbereiches zu definieren. Ein Abgleich der so festgelegten Ziele und Kriterien mit den Gegebenheiten und Möglichkeiten der verschiedenen Rechtsformen hätte dann in einem nächsten Schritt zu der Organisationsform geführt, die die definierten Ziele und Kriterien am besten erfüllt.

Durch den Bericht der KPMG zu den einzelnen Organisationsformen (Regiebetrieb, Eigenbetrieb, Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) und (gemeinnützige) GmbH) mit der Beantwortung der Fragen zu den verschiedensten Themenkomplexen und der Informationsveranstaltung wird es jetzt aber kaum noch möglich sein, unabhängig und losgelöst von den genannten Betriebsformen gemeinsame Ziele und Kriterien zu definieren. Vielmehr ist davon auszugehen, dass zu diesem Zeitpunkt kein/e Beteiligte/r mehr unvoreingenommen an die Zielfindung herangehen wird und sich die Zielfindung und Bewertung, insbesondere auch die eigenen Zielvorstellungen, vorrangig an der jeweils favorisierten Organisationsform ausrichten wird.

Nach Auffassung der Verwaltung sollte daher auf den gemeinsamen Workshop von Politik und Verwaltung zur Festlegung von Zielen/Kriterien verzichtet, da die damit verbundene Zielsetzung nicht mehr zu erreichen ist. Gleichwohl sollten Politik und Verwaltung aber im Gespräch bleiben, um die geeignetste und nachhaltigste Betriebsform für die zukünftige Organisation des Kindergartenbereiches zusammen zu finden.

Die Verwaltung schlägt daher vor, sich in einer gemeinsamen Gesprächsrunde über die Vorstellungen der Beteiligten auszutauschen. Wünschenswert wäre es dabei über vorhandene Gemeinsamkeiten einvernehmlich eine Empfehlung für eine Organisationsform auszusprechen, die möglichst von allen mitgetragen werden kann.

Die Gesprächsrunde könnte sich nach Ansicht der Verwaltung aus 10 Teilnehmern der Politik (2 je Fraktion) und 10 Mitarbeiter/innen der Verwaltung (einschl. Personalrat, Gleichstellungsbeauftragte und Rechnungsprüfungsamt) zusammensetzen. Zusätzlich zu entscheiden wäre, ob die Gesprächsrunde moderiert sowie ein und mehrere Vertreter der KPMG für auftretende rechtliche Fragen hinzugezogen werden sollten.

Der Hauptausschuss und der Kinder- und Jugendausschuss werden in ihrer gemeinsamen Sitzung um Beratung und Beschlussfassung zur weiteren Vorgehensweise bzw. zur Zustimmung zum Beschlussvorschlag gebeten.

Beschlussverfolgung:

Nein Ja: geplante Erledigung bis:

Finanzielle Auswirkungen:

Nein Ja:

a) Einmalige Kosten/Jahr:	EUR 1.200,00
b) Folgekosten/Jahr:	EUR

c) Haushaltsmittel stehen zur Verfügung: Nein Ja

d) Prüfergebnis Fördermöglichkeiten: Nein Ja (siehe Erläuterungen)

Erläuterungen zu Buchstabe	a) Sitzungsgelder u. ggf. Beratungskosten KPMG
----------------------------	--

Beschlussvorschlag:

a) für den Kinder- und Jugendausschuss

Der Kinder- und Jugendausschuss beschließt,

a) auf die in den Sitzungen am 07.12.15 und 22.02.16 beschlossene Durchführung eines moderierter Workshop der Politik und der Verwaltung zur Festlegung von Zielen/Kriterien zur Auswahl einer Betriebsform zu verzichten.

b) in einer gemeinsamen Gesprächsrunde von Politik und Verwaltung sich über die Vorstellungen zu einer möglichen Organisationsform für den zukünftigen Betrieb der Kindertagesstätten auszutauschen, mit der Zielsetzung hierüber unter den Beteiligten Einvernehmen für eine Rechtsform zu erzielen.

Zu dieser Gesprächsrunde sind einzuladen:

1. zehn Vertreter der in der Gemeindevertretung vertretenen Fraktionen (2 je Fraktion)
2. zehn Mitarbeiter/innen der Verwaltung (einschl. Personalrat, Gleichstellungsbeauftragte, Rechnungsprüfungsamt)
3. Dr. Gniechwitz, KPMG
4. ein/e Moderator/in

b) für den Hauptausschuss

Der Hauptausschuss

a) begrüßt, auf die in den Sitzungen des Kinder- und Jugendausschusses am 07.12.15 und 22.02.16 beschlossene Durchführung eines moderierter Workshop der Politik und der Verwaltung zur Festlegung von Zielen/Kriterien zur Auswahl einer Betriebsform zu verzichten.

b) beschließt in einer gemeinsamen Gesprächsrunde von Politik und Verwaltung sich über die Vorstellungen zu einer möglichen Organisationsform für den zukünftigen Betrieb der Kindertagesstätten auszutauschen, mit der Zielsetzung hierüber unter den Beteiligten Einvernehmen für eine Rechtsform zu erzielen.

Zu dieser Gesprächsrunde sind einzuladen:

1. zehn Vertreter der in der Gemeindevertretung vertretenen Fraktionen (2 je Fraktion)
2. zehn Mitarbeiter/innen der Verwaltung (einschl. Personalrat, Gleichstellungsbeauftragte, Rechnungsprüfungsamt)
3. Dr. Gniechwitz, KPMG
4. ein/e Moderator/in

Anlage/n:

./.